



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale des
Syndikats des Police

Landesbezirk Saarland

gdp-saarland@gdp-online.de * www.gdp-saar.de

Fon: (0681) 811498 * Fax: (0681) 815231

Pressemitteilung

Saarbrücken, 17. März 2003

Öffnungsklausel für Beamte auch vom Saarland beantragt:

Das Vertrauen der saarländischen Polizeibeschäftigten in die Landesregierung ist erschüttert.

Saarbrücken: Mit Unverständnis und Empörung nimmt die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland (GdP) die Abläufe und Entscheidungen bei der Bundesratssitzung am Freitag, 14. März 2003, zur Kenntnis. Dort hatte das Saarland gemeinsam mit Bayern, Berlin und Sachsen den Antrag eingebracht, den Ländern die besoldungsrechtliche Kompetenz über die sog. Sonderzuwendungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) zuzuordnen. Bisher sind alle Besoldungs- und Versorgungsbestandteile bundeseinheitlich geregelt.

Mit dieser Entscheidung gefährdet die saarländische Landesregierung das seit dem Regierungswechsel im Jahre 1999 entwickelte positive Verhältnis des öffentlichen Arbeitgebers zu seinen Beschäftigten, insbesondere auch im Bereich der Polizei.

Hierzu der Landesvorsitzende der GdP, Hugo Müller: „Wir haben in den letzten Wochen und Monaten unter dem Motto ‚Jetzt stellen wir uns quer‘ in vielen Aktionen und Demonstrationen bundesweit und auch im Saarland unseren Protest zum Vorhaben namens Öffnungsklausel zum Ausdruck gebracht. Aufgrund von Äußerungen verschiedener verantwortlicher PolitikerInnen aus Regierung und CDU-Fraktion durften wir davon ausgehen, dass das Saarland im Bundesrat einem solchen Vorhaben eher ablehnend gegenübersteht. Dass es sich jetzt aber mit zu den Initiatoren aufgeschwungen hat, erschüttert das Vertrauen der Polizeibeschäftigten in die Landesregierung zutiefst.“

Die gebetsmühlenartigen Beteuerungen, es werde im Saarland keine Sonderopfer für Beamte geben, sind aus Sicht der GdP der untaugliche Versuch, das Thema herunterzuspielen und die Empörung gering zu halten. Vor dem Hintergrund eines Spitzengesprächs des Ministerpräsidenten mit den Landesvorsitzenden von DGB, Verdi, GEW und GdP am 18. Februar 2003 in der Staatskanzlei sind diese Beteuerungen auch nicht mehr glaubwürdig. Dort hatte Ministerpräsident Müller nämlich erklärt, er trete engagiert und ohne Wenn und Aber für eine an Länder- und Kommunalinteressen orientierte Tarifverhandlungsstruktur für die nächsten Tarifauseinandersetzungen im

Jahre 2005 ein. Spätestens dann müsste der aus seiner Sicht überhöhte diesjährige Tarifabschluss nochmals nach unten definiert werden. Die dann bei den Tarifbeschäftigten angestrebten sozialen und/oder finanziellen Abstriche auch im Beamtenbereich umsetzen zu können, sei die Motivation, bereits jetzt mit einer entsprechenden gesetzlichen Öffnungsklausel die Voraussetzungen zu schaffen. So also ist die Botschaft „Keine Sonderopfer für Beamte“ zu verstehen: Wenn man bei den Tarifbeschäftigten gestrichen haben wird, werden entsprechende Kürzungen bei den Beamten keine „Sonderopfer“ mehr sein. Denn dann wird ja jeder zur Kasse gebeten.

Die letzte Sicherheit über die Ziel- und Stoßrichtung des Gesetzentwurfs erhält man schließlich bei einem Blick in den Entwurfstext: „D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte: Kurzfristige Entlastungs- und Differenzierungsmöglichkeiten für die Personalhaushalte der Länder und ihrer Kommunen.“

Damit ist für die GdP eines ganz klar: Die rechtliche Stellung des Beamten – ihm steht das Streikrecht nicht zu, seine Beschäftigungsbedingungen werden nicht ausgehandelt, sondern gesetzlich geregelt- wird zum wiederholten Male schamlos zum sozialen Kahlschlag eingesetzt.

Hugo Müller weiter: „Unsere Aktionen werden im Laufe des jetzt begonnenen Gesetzgebungsverfahrens, das wohl frühestens im Juli 2003 abgeschlossen sein wird, an Deutlichkeit und Schärfe zunehmen. Wir werden deutlich machen, dass wir über den ‚Aufstand der Ordnungshüter‘ nicht nur reden. Dabei werden wir uns auch unter Einsatz des Filmes des GdP-Bundesvorstandes ‚Ein sicherer Arbeitsplatz‘ in verstärkter Masse an die Öffentlichkeit wenden. Noch ist Zeit für Vernunft und Umkehr!“